

Stettiner Zeitung.

Deutschland.

Berlin, 7. Juni. Ein Pariser Korrespondent der „Independance“ theilt mit, daß der französische Botschafter Benedetti in Berlin von seinem Posten demnächst abberufen werden würde. Hier ist davon nichts bekannt. Wir würden diese Mitteilung überhaupt nicht erwähnt haben, wenn die Motivierung dieser angeblichen Abberufung nicht auffällig wäre. Herr Benedetti soll nämlich den Wunsch seiner Abberufung selbst aus dem Grunde zu erkennen gegeben haben, weil er, obgleich er sonst in sehr guten persönlichen Beziehungen zum Grafen Bismarck stehe, die Lösung der drohenden Verwickelungen für zu schwierig halte. Was für Verwickelungen hier gemeint sind, davon hat man hier keine Ahnung. Preußen hat seine Politik auf die Erhaltung des Friedens gerichtet und glaubt auch, daß seine Bestrebungen Erfolg haben werden. Wenn zur Unterstützung von dergleichen alarmierenden Nachrichten fortwährend auf die Rüstungen in Frankreich hingewiesen wird, so ist zu bemerken, daß dieselben hier nicht beunruhigen; man weiß hier vielmehr, daß diese Rüstungen notwendig sind, um die französische Armee wehrfähig zu machen, während sich andererseits die preussische Armee in einer solchen Verfassung befindet, daß sie in der Zeit von 4 Wochen vom Friedens auf den Kriegsfuß gesetzt werden kann. Preußen stehen 1 Mill. Reservisten zur Verfügung. Man darf nicht übersehen, daß gerade in dieser Stärke Preußens eine Bürgschaft für den Frieden liegt. — Als ein anderes Friedenssymptom kann auch eine Mitteilung der „Independance“ aus Wien angesehen werden, wonach Herr v. Beust und Graf Andrassy dem Kaiser gerathen haben sollen, den Plan eines Besuchs in Paris aufzugeben. Die beiden Staatsmänner sollen den Kaiser darauf hingewiesen haben, daß der Kaiserstaat den Frieden mehr als je bedürfe und daß zu nahe Beziehungen zu Frankreich den Interessen desselben schaden würden. Wir können für die Richtigkeit dieser Mitteilung nicht einstehen, unwahrscheinlich ist sie indessen nicht, da auch das „Memorial diplomatique“, der Moniteur des Fürsten Metternich in Paris, dessen Nachwerk der ganze Reiseplan war, sich zu dem Bekenntnis gezwungen sieht, daß die Reise des Kaisers und der Kaiserin von Oesterreich nach Paris aus Rücksicht für die Gesundheit der Letzteren aufgegeben sei. — Ueber die nachträglich demontirte Nachricht von der Ansammlung polnischer Flüchtlinge in Galizien wird fortwährend viel Aufhebens gemacht. Ob sich solche Flüchtlinge in Galizien jetzt wirklich ansammeln oder nicht, kann vorerst ganz gleichgültig bleiben, wichtig ist aber die Thatsache, daß Fürst Czartoryski, der angesehenste Führer der polnischen Emigration, in seiner bekannten Rede offen ausgesprochen hat, daß man Oesterreich zum Stützpunkt einer Bewegung zur Wiederherstellung Polens machen müsse. Die Absichten zum Umsturz der bestehenden territorialen Verhältnisse sind also offenkundig, ebenso wie es zweifellos ist, daß sich zur Ausführung solcher abenteuerlichen Pläne immer Leute finden werden. Wenn auf diese Bewegung aufmerksam gemacht wird, so geschieht dies übrigens gewiß nicht, um die Loyalität der österreichischen Regierung in Zweifel zu ziehen. Daß Oesterreich mit einer solchen Bewegung nichts zu thun hat, ist schon deshalb anzunehmen, weil es die eigenen Interessen Oesterreichs schädigen würde, eine polnische Bewegung zu begünstigen. — Die Nachricht, daß der König am 20. v. Mts. eine Reise nach Hannover antreten werde und daß damit die Anwesenheit des General von Voigts-Rbeck hier selbst in Verbindung stehe, wird in wohlunterrichteten Kreisen bezweifelt. Die Nachricht ist wahrscheinlich dadurch entstanden, daß bei der in Aussicht genommenen Reise des Königs nach Ems in Frage gekommen ist, ob er den Weg über Kriegen oder Hannover machen soll. Aber auch diese Frage ist nur beiläufig angeregt worden, ohne daß die Anwesenheit des General v. Voigts-Rbeck damit in Verbindung steht. — Dem Bundesrath ist vom Bundeskanzler ein Gesetzentwurf über eine Rechnungs-Revisionsbehörde des norddeutschen Bundes vorgelegt worden. Es war zunächst in Frage gekommen, ob es angemessen sei, eine selbstständige Rechnungsbehörde des Bundes einzusetzen oder die Obliegenheiten einer solchen Behörde auf die preussische Abrechnungskammer zu übertragen. Man hat sich für das Letzte entschieden. Es liegt nicht nur im Interesse des Bundes, daß das Rechnungswesen desselben in Uebereinstimmung mit den sich in Preußen bewährt habenden Grundätzen geführt werde, sondern es werden durch den eingeschlagenen Weg auch die Differenzen vermindert werden, die bei der Einsetzung einer selbstständigen Behörde über die Grenzen der Befugnisse derselben entstehen könnten. Die Kontrolle über den Bundeshaushalt wird demnach von der preussischen Abrechnungskammer geführt werden. Derselben können nach Bedürfnis noch eine Anzahl Mitglieder hinzugefügt werden, die vom Bundesrath zu wählen und vom Bundespräsidenten anzustellen sind. Für die Wirksamkeit der Abrechnungskammer als Rechnungs-Revisionsbehörde des Bundes werden dieselben Vorschriften maßgebend sein, welche für die preussische Abrechnungskammer gelten. In ihrer Eigenschaft als Rechnungs-Revisionsbehörde wird sie den Namen „Rechnungshof des norddeutschen Bundes“ führen. — Vom General-Vostank des norddeutschen Bundes sind in Ausführung des Art. 30 der Bundesverfassung jetzt diejenigen Kategorien der Postbeamten genau bezeichnet worden, welche dem Bundespräsidenten den Dienst zu leisten haben. Diese Kategorien sind: die Oberpostdirektoren, die Posträthe, die Postinspektoren, die Bezirks-Postassistenten-Kontroleure und die Rendanten der Oberpostassistenten. Die übrigen Beamten anlangend, so ist in deren Dienst nun die Bestimmung aufgenommen, daß sie verpflichtet sind, den Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten. — Das Verbot des Volkstheaters in Hannover zur Feier des Geburtstages des Königs Georg giebt den Oppositionsblättern noch immer zu Betrachtungen Veranlassung. Zum Ueberflus mag hier bemerkt werden, daß

keiner Regierung zugemuthet werden kann, zu dulden, daß Anschauungen öffentlich und in demonstrativer Weise verbreitet werden, welche die Fundamente des eignen Staates aufheben. König Georg sollte als König von Hannover gefeiert werden. König von Hannover ist aber jetzt König Wilhelm und zwar nicht bloß de facto, sondern auch in Folge völkerrechtlicher Verträge. — Die Forderung Jacobys mit seinem neuesten wahnwitzigen Programm ist so vollständig, daß er selbst von einer Stimme in der „Rhein. Ztg.“ angegriffen wird.

Berlin, 7. Juni. Sr. Maj. der König empfing gestern Morgens, nach einem Spaziergange durch den Park von Babelsberg, einige Militärs, nahm darauf die Vorträge des Militär- und Civil-Rabinetts, des Geh. Hofrathes Vord entgegen und ertheilte Audienz. Nach dem Diner wohnten die in Potsdam residirenden hohen Herrschaften dem zweiten Jagdbrennen bei, welches der Berlin-Potsdamer Reiterverein auf dem Bornstädter Felde veranstaltet hatte. Der König wird sich, wie wir erfahren, erst nach der Rückkehr seiner Gemahlin, welche am 24. v. M. auf Schloß Babelsberg erwartet wird, nach der Provinz Hannover begeben.

— Die Panzer-Fregatte „König Wilhelm“, welche gegenwärtig behufs ihrer vollständigen Ausrüstung in den Londoner Victoria-Docks liegt, hat am 30. Mai ihre sämtlichen Maschinen (800 Tonnen schwer) am Bord empfangen. Auch die Masten sind bereits aufgerichtet. Die Cylindern, drei an Zahl, wiegen jeder über 24 Tonnen; die Kessel, deren das Schiff acht besitzt, sind je 27 Tonnen schwer; die Kondensatoren haben ein Gewicht von 35 Tonnen und der Kurbel ein von 22 Tonnen. Die Dampfmaschinen besitzen 1150 Pferdekraft. Auf dem Kanonenverdeck wird die Fregatte mit 22 Kanonen und auf ihrem Oberdeck mit 2 Kanonen bemantelt werden.

— Ein Verwundeter aus dem letzten Feldzug, v. Sierakowski, dem infolge seiner bei Trautenau erhaltenen Verletzungen beide Beine amputirt werden mußten, wurde am Mittwoch im Invalidenhaus getraut und zwar mit einem jungen Mädchen, das als barmherzige Schwester von hier nach Böhmen gegangen war und den schwer Verwundeten dort gepflegt hat.

— Die national-liberale Partei macht lebhafteste Anstrengungen, um ihren Fehler bei Verathung des Schulden-Gesetzes in irgend einer Weise zu redressiren. Es scheint so, als wenn die Wähler des Herrn Wiquel demselben nicht gerade ein besonderes Dankes- und Vertrauensvotum darüber haben zugehen lassen, daß er durch das von ihm gestellte Amendement die Sistirung aller Arbeiten für die Marine herbeigeführt hat.

— Dem Vernehmen nach findet jetzt eine Enquete statt, um auf zuverlässige Weise die nöthigen Unterlagen für die Versicherung der Börse zu gewinnen.

— Mancherlei Anzeichen sprechen dafür — so erzählt die „Z. R.“ aus sehr zuverlässiger österreichischer Quelle — daß Bewegung in die polnische Frage kommt. „Die Zeit wird lehren, welche hervorragende Rolle dieselbe sehr bald wieder spielen wird.“

— Wer jemals daran hätte zweifeln können, daß es eben nicht die reinste christliche Liebe gewesen, welche die Organe der äußersten Demokratie veranlaßt hatte, sich der Nothleidenden in Ostpreußen anscheinend so lebhaft anzunehmen, der kann aus dem jetzigen Verhalten dieser Blätter über die eigentlichen Motive ihrer vermeintlichen Theilnahme vollends aufgeklärt werden. Es geht aus denselben deutlich hervor, daß die fortschreitende Linderung des Nothstandes ihnen ein Dorn im Auge ist. Jede Nachricht, welche irgend eine Entgehung über die Besserung der Zustände in Ostpreußen ausdrückt, wird von ihnen bemerkt und beglückwünscht. Es ist aber klar: der Nothstand ist für sie nicht ein Gegenstand menschlicher Theilnahme, sondern nur ein Vorwand politischer Spekulation gewesen und jeder Fortschritt der Besserung ist ihnen ein Stich in das demokratische Herz. Glücklicher Weise ist ihr ganzes Bemühen mit Bezug auf die politische Ausbeutung des Nothstandes nur eine verlorene Mühe gewesen; aber sie können sich nur schwer dazu bequemen, die Hoffnung, welche sie an die Kalamität geknüpft haben, jetzt vollständig aufzugeben. Es wird jedoch nichts helfen. Herr v. Reitenbach und Herr Jacoby werden auch in Bezug auf den Nothstand eine verlorene Kampagne registriren können.

— Der „Staats-Anzeiger“ hat vor Kurzem gemeldet, daß die Gewerbe-Ordnung Seitens der Bundes-Regierung nicht zurückgezogen werden solle. Dies hat gewiß seine volle Richtigkeit. Eben so richtig ist andererseits, daß die Bundes-Regierung nicht daran denken kann, die Gewerbe-Ordnung noch in dieser Session berathen zu sehen. Dieselbe würde einfach in der Kommission stecken bleiben.

— Die Herüberkunft des Präsidenten der deutschen Gesellschaft in Newyork, Herr Ph. Bissinger, der als solcher Mitglied der Newyorker Staatskommission für Einwanderer ist, dürfte auf die gegenwärtig im norddeutschen Bundesrath ventillirten Maßregeln zur besseren Sicherung der Auswanderer-Beförderung einigen Einfluß üben. Namentlich wird seine Anwesenheit geeignet sein, eine ersprießliche Wechselwirkung zwischen den Vorkehrungen des Bundes und den drüben von der Newyorker Legislative beschlossenen Maßregeln zur besseren Regulirung der Einwanderung zu ermöglichen. Eines bereitwilligen Entgegenkommens kann Herr Bissinger wohl um so sicherer sein, als die Verdienste der Newyorker deutschen Gesellschaft um unsere auswandernden Landsleute auch hier gekannt sind und gewürdigt werden.

— Nachdem die Todesstrafe im Königreich Sachsen aufgehoben ist, halten die Mitglieder der Linken des Reichstages es an der Zeit, auch einen dahingehenden Antrag einzubringen.

— Die neueren Erfahrungen auf dem Gebiete der Krankenpflege haben auch nach dieser Richtung zweckentsprechende Verbesserungen hervorgerufen. Hiernach soll bei allen Neuanlagen von

Garnisonlazarethen künftig das bis jetzt auf 720 Kubikfuß normirte Raumbedürfnis für jeden Kranken auf 1200 Kubikfuß werden. Es ist ferner angeordnet, daß während der Sommerzeit, da, wo es die lokalen Verhältnisse gestatten, mit der Etablierung von Zeltlagern vorzugehen. Ebenso soll fortan für eine größere Krankenzerstreuung Sorge getragen werden u. s. w.

— In militärischen Kreisen vernimmt man von einem bevorstehenden erneuten Beweise der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Sachsen und Preußen, welcher seinen Ausdruck darin finden würde, daß man in kürzester Zeit sowohl einer Ernennung des Königs Johann, als auch des Kronprinzen Albert zu Chefs preussischer Regimenter entgegensteht.

— Der außerordentliche Bevollmächtigte Preußens für China ward am 30. März in dem Tjung-ii-janin des Reiches (dem Ministerrathe) empfangen und hat daselbst seine neue Eigenschaft als Vertreter des norddeutschen Bundes zur Kenntniß gebracht.

— Die Kommission zur Vorberathung der Gewerbeordnung hielt Sonnabend Abend wiederum eine Sitzung. Der §. 31, welcher den Betrieb des Gewerbes der Seeschiffer und Seeleute von dem Ausweis der erforderlichen Kenntnisse abhängig macht, war nach der Regierungsvorlage genehmigt. Dagegen der §. 32, welcher bestimmt, daß Schauspielunternehmer zum Betriebe ihres Gewerbes der polizeilichen Erlaubnis bedürfen, dahin abgeändert werden darf, wenn durch Thatsachen die Unzuverlässigkeit derselben nachgewiesen werden kann. Ebenso soll in Zukunft die den Schauspielunternehmern ertheilte Konzession nicht an eine bestimmte Kategorie von Theaterstücken geknüpft werden; es soll denselben vielmehr freistehen, Theaterstücke aller Art zur Aufführung zu bringen. — Im §. 33 wurde beschlossen, daß die polizeiliche Genehmigung zum Gewerbebetriebe derjenigen, welche Gifte feil halten und der Kammerjäger auch ferner beibehalten werden solle; jedoch soll diese Genehmigung nicht von der Polizei, sondern von den Behörden ertheilt werden. Die Kommission beschloß ferner, den Gewerbebetriebe der in diesem Paragraphen aufgeführten Pfandleiher, Gefindevermiether, Unternehmer von Badeanstalten, Trödler u. s. w. nicht von einer besonderen Konzession abhängig zu machen. Bei Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen Wagen, Pferde, Säulen, Gondeln u. s. w. bereit halten oder ihre Dienste anbieten, soll die besondere Erlaubnis zwar beibehalten werden, jedoch nicht von der Polizei, sondern von der Ortsbehörde künftig ertheilt werden. Der Verkauf von Zeitungen und Zeitungsdrucken, Broschüren u. s. w. auf der Straße soll in Zukunft von keiner besonderen Konzession abhängig gemacht werden. Der §. 34, welcher den Gewerbebetriebe der Tanz-, Fecht-, Turn-, Schwimmlehrer einer Konzession unterwirft, wurde dahin umgeändert, daß diese Genehmigung zur Ertheilung des Unterrichts nur dann verweigert werden darf, wenn den Unternehmern Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit in ihrem Gewerbebetriebe nachgewiesen werden können. Der §. 35 wurde dahin umgeändert, daß Feldmesser, Marktscheider, Auktionatoren, Voolien, Dispacuros, Güterbestätiger, Wäger, Messer, Brauer, Schauer, Stauer, Feststeller für sein Gehalt von Metallen, Leichenwäscher, Inhaber von Leichenfuhrwerk u. s. w. zwar von der Ortsbehörde angestellt werden können, jedoch ihnen nicht ausschließlich das Recht zur Vertreibung dieses Gewerbebetriebes ertheilt werden solle, vielmehr es auch andern nicht konzessionirten Personen gestattet sein soll, diesen Gewerbebetriebe auszuüben.

— Im Maschinenbauarbeiter-Verein hielt am Sonnabend Herr Dr. Casan einen längeren Vortrag über die jetzige Bewegung auf religiösem und pädagogischem Gebiete. Wir erwähnen diesen Vortrag, weil wir es als ein beachtenswerthes Zeichen ansehen, daß der Vortragende hauptsächlich den übergroßen Indifferentismus tabelte, der in Bezug auf Schule und Kirche im Volke Platz gegriffen habe, so daß sich sonst Niemand mehr um die Lehren der Kanzel und des Katheders kümmere, während doch grade der Familienvater die dringende Aufforderung habe, die Schullehrbücher seiner Kinder einer genauen Inspektion zu unterwerfen und sich den Vortrag des Predigers in der Kirche hin und wieder anzuhören.

— Der Urheber jener russischen Tendenznachricht von der Organisirung von polnischen Insurgentenbänden an der galizisch-russischen Grenze ist, übereinstimmenden Nachrichten zufolge, der Gouverneur von Lublin, welcher in diesem Sinne an den Statthalter in Warschau berichtet hat. Andererseits verlautet, daß der Gouverneur von Lublin durch Berichte untergeordneter Beamten irre geführt worden sei, und nun heißt es, die russische Regierung habe in der Erkenntniß, selbst mystifizirt worden zu sein, Einleitungen getroffen, daß die Sache genau untersucht werde, um die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen zu können.

— Aus der Sitzung des Reichstages vom 6. Juni ist im Anschlusse an den Bericht in unserer gestrigen Morgennummer noch zu erwähnen, daß der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission zunächst über die Anträge Braun und Dettler folgte, betreffend die Prüfung der Wahl und die Wahl des Präsidenten. — Abg. v. Denzin befürchtet, die neuen Bestimmungen über die Wahlprüfungen würden das Verfahren verlängern, statt zu verkürzen. — Ref. Dr. Becker: Daburch, daß die Frist für Beibringung der Proteste ausgedehnt worden ist, wird die Konstituierung des Hauses in keiner Weise verzögert; sie ist vollständig unabhängig davon. — Die Anträge werden einstimmig genehmigt. — Die Anträge Westens und Lasker beabsichtigen, an Stelle der bisherigen Kommissions-, Vor- oder Schlußberatungen ein einheitliches Verfahren für alle Vorlagen und Anträge herbeizuführen. Dasselbe besteht in einer dreimaligen Berathung, deren erste darüber entscheidet, ob eine Kommission mit der Vorberathung der Vorlage zu betrauen ist. Die beiden andern Beratungen entsprechen der bis jetzt üblichen Vor- und Schlußberathung. — Lasker motivirt die Anträge, der Bundeskomm. Gr. Eulenbürg warnt vor dem Verlassen des alten bewährten Weges; schließlich werden die Abänderungen der einzelnen Paragraphen bis §. 22 mit großer Majorität angenommen. — Bei §. 23 spricht Abg. Dunder über die geschäftliche Behandlung des Budgets und erklärt, daß

er und seine Freunde nur aus dem Grunde für den 8. 23 stimmen wür- den, weil darin wenigstens ein kleiner Fortschritt gegen die jetzige, ganz unzureichende Behandlung des Budgets im Wege der Vorbereitung liege. — Zu §. 45 beantragt Graf Münster: „Bei allen Diskussionen ertheilt der Präsident demjenigen Mitgliede das Wort, welches nach Eröffnung der Diskussion oder nach Beendigung der vorhergehenden Rede zuerst darum nachgesucht hat“ (also Befreiung der bisherigen Rednerliste). — Auch Abg. Roth spricht sich für diesen Antrag aus. Der Referent Dr. Becker emp- fiehlt dagegen vorläufige unveränderte Annahme des Kommissionsvorschlages, wonach das vom Abg. Graf Münster beantragte englische Verfahren fürs Erste nur auf die Spezialdebatte beschränkt wird. — Das Haus ent- scheidet sich jedoch für den Antrag des Grafen Münster und schafft also die Rednerliste ab. Die übrigen Paragraphen der Kommissionsvorschlüsse wer- den ohne Debatte angenommen. Ueber das Ganze der neuen Geschäfts- ordnung wird nach erfolgter Zusammenstellung der gefassten Beschlüsse be- schlossen werden. — Am 31. Uhr wird die Sitzung vertagt. — Der Prä- sident schlägt vor, in der nächsten Sitzung am Montag 10 Uhr die Vor- berathung des Bundeshaushalts-Etats zu beginnen. Abg. Ewelen bittet den Anfang der Etatsberathung erst am Dienstag eintreten zu lassen, da noch nicht einmal sämtliche Anlagen in den Händen der Mitglieder seien, und letztere bisher keine Zeit gehabt hätten, den Etat auch nur oberflächlich zu prüfen. — Das Haus entscheidet jedoch gemäß dem Antrage des Prä- sidenten.

Königsberg, 4. Juni. Der Personenzug aus Petersburg, der gestern um 12 Uhr in Eydtkuhnen eintrafen sollte, verspätete sich um 14 Stunden. Ursache hiervon war die bei Dünaburg erfolgte Entgleisung des Zuges. Von den 140 Personen, die sich im Zuge befanden, sind nur drei erheblich verunglückt.

Sarburg, 6. Juni. Der heute früh 2 Uhr 50 Minuten von Hannover abgegangene Personen- und Güterzug ist bei Lechte mit einem andern Zuge zusammengefahren. Ein Verlust an Men- schenleben hat nicht stattgefunden. Drei Güterwagen wurden zer- trümmert.

Hamburg, 7. Juni. Sicherem Vernehmen nach wird vom 26. bis zum 29. August der deutsche Juristentag und Anfang September der Verein deutscher Architekten hier tagen.

Dresden, 6. Juni. Der Staatsminister v. Friesen ist heute auf einige Zeit nach Berlin gereist, um an den Arbeiten des Bundesraths theilzunehmen.

Ausland.

Wien, 6. Juni. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Finanz-Debatte fortgesetzt. Ekene als Berichterstatter der Ma- jorität des Budget-Ausschusses vertheidigte in seiner Schlussrede die Anträge der Majorität. Er acceptirte die Bezeichnung „Coupon- steuererhöhung“ und hielt die in den Anträgen der Majorität auf- gestellten Ziffern aufrecht. Der Finanzminister bekämpfte die Ma- joritätsanträge, weil dieselben ungeeignet seien, die Staatsgläubiger für die Zukunft sicher zu stellen. Die Besteuerung der Coupons sei dadurch gerechtfertigt, daß Ungarn geringere Beiträge leiste. Auf eine Vermögenssteuer verzichtete der Finanzminister ausdrücklich und versprach, falls die Anträge der Minorität angenommen wür- den, sofortige Einbringung eines Steuerreformgesetzes. Auch der Ministerpräsident Fürst Auersperg forderte das Haus auf, die An- träge der Majorität abzulehnen und das Vertrauen der Staats- gläubiger auf Oesterreichs Ehre nicht zu täuschen. Die Regierung nehme die Anträge der Minorität an, weil dieselben der Regie- rungsvorlage am nächsten kämen. Das Abgeordnetenhaus ging hierauf zur Beratung der einzelnen Finanzgesetze über. Im we- terem Verfolg der Debatte wurde der Verlagsantrag Weyzl's abgelehnt. Der Ministerpräsident, Fürst Auersperg, erklärte, die jetzige Regierung werde, falls das Gesetz nach dem Antrage der Majorität angenommen werde, dasselbe nicht zur Ausführung bringen. Schindler erklärte, er werde nach dieser Kundgebung Sei- tens der Regierung für die Anträge der Minorität stimmen. Bei- namentlicher Abstimmung wurde Paragaph 1 des Konvertirungs- gesetzes in der Fassung des Antrages der Majorität (welcher Zin- senreduktion und Verwandlung in vierprozentige Rente fesselt) mit 113 gegen 46 Stimmen abgelehnt, der Antrag Regers, eine fünfundsünfzigprozentige Couponbesteuerung eintreten zu lassen, mit 100 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde Paragaph 1 des Antrages der Minorität in folgender Fassung angenommen: „Sämmtliche Gattungen fundirter allgemeiner Staatsschuld werden in fünfprozentige einbeitliche Schuld umgewandelt, welche mit sechs- prozentiger, nicht erhöhbarer Steuer belastet ist. (Dies kommt zu- folge der Konvertirungsmodalitäten zwanzigprozentiger Coupon- besteuerung gleich.) Die Debatte soll Abends fortgesetzt werden.“

Prinz Napoleon wurde heute Mittag vom Kaiser emp- fangen. Sein Besuch dauerte 3/4 Stunden. Heute Morgen hatte der Prinz den Reichskanzler Freiherrn v. Beust empfangen. Heute war zu Ehren des Prinzen beim französischen Botschafter großes diplomatisches Diner. Für morgen sind der Prinz und der Reichs- kanzler zur kaiserlichen Tafel nach Schönbrunn geladen.

Wien, 6. Juni. Der Reichsrath hat in seiner heutigen Abendssitzung das Unifikationsgesetz nach dem Antrage der Mi- norität unverändert angenommen. Von der Unifikation sind aus- genommen: Die Lotterieleihen von 1839, 1854, 1860, 1864, das Steueranlehen von 1864, die Mailand-Comorenleihen, die Bodenkreditanleihe, die Wiener Währungsanleihe, die Grundent- lastungsschuld, die Schuld an die Nationalbank, die unverzinstliche Schuld. Weitere Paragraphen, betreffend die Modalitäten der Konvertirung enthalten die Bestimmung über einen zwanzigprozen- tigen Zinsenabzug von den Lotterieleihen von 1844 und 1860 sowie von dem Steueranlehen von 1864. Sodann wurde die nachstehende Resolution Rehbauer's angenommen: Das Haus be- trachte sich nicht verbindlich zur Zahlung nicht verfassungsmäßiger Schulden, erkenne jedoch aus höheren politischen Rücksichten die Schulden als faktisch an.

Wien, 7. Juni. Die meisten Morgenblätter drücken ihre Befriedigung über die gestrigen Beschlüsse des Reichsraths in der Finanzfrage aus. — Nach einer übereinstimmenden Meldung der Blätter soll Prinz Napoleon seinen Reiseplan geändert und einen achttägigen Aufenthalt hier selbst in Aussicht genommen haben.

Gravenhaag, 6. Juni. Es wird mit Bestimmtheit ver- sichert, daß Koenig van Limburg das dem Kriegsminister mitüber- tragene Portefeuille des Auswärtigen erhalten habe.

Paris, 4. Juni. Der Stadt Havre, welche neue Schritte bei dem Kaiser thun ließ, daß er ihre Marine-Ausstellung besuche, hat derselbe geantwortet, er könne für jetzt Paris nicht verlassen. — Wie man hört, ist das alte Leiden des Grafen Golz, eine zeitweilige Lähmung der Zunge, neuerdings in einer Weise aufge- treten, welche diesen Staatsmann nöthigen dürfte, sich wiederum

ärztlicher Pflege, wo nicht einer Operation zu unterziehen und der Pflege seines Amtes nochmals auf einige Zeit zu enthalten.

Paris, 6. Juni. Im gesetzgebenden Körper gab die Prüfung einer Wahl Oulvier zu einem lebhaften Proteste gegen Widerspruch in den Worten des Ministers des Innern Anlaß, die er als versöhnlich in Bezug auf offizielle Wahlkandidaturen, aber als voll heftiger Feindseligkeit gegen die in Frage stehende keines- wegs regierungsfreundliche, sondern nur unabhängige Kandidatur be- zeichnete; gebe es zwei entgegengesetzte Einflüsse, eine Parade-Politik und Thatfachen, welche dieselbe Politik widerlegten? — Der Mi- nister Rouher entgegnete, die vollständige Einheit in der Regierung lege öffentliches Zeugniß von der gegenseitigen Achtung und Zu- neigung ab. Ihm folgte Pinard, welcher sagte, die Regierung wisse das Banner des Liberalismus von demjenigen der Revolution zu trennen. Dumoulin behauptete, die Regierung vermische mit ihrer neuerlichen Doppelsinnigkeit Revolutionäre, Konservative und Liberale. — Die Wahl wurde genehmigt.

Dem Gerücht von bevorstehenden Veränderungen in der diplomatischen Vertretung in Rom und bei den Höfen von Florenz, Petersburg und Berlin wird formell widersprochen. — Der neuernannte russische Gesandte, Graf Stackelberg, wird morgen seine Beglaubigungsschreiben überreichen. — Die Abreise des Kaisers nach Fontainebleau ist auf Mittwoch verschoben. — In dem Cirkular über die Anwendung des Pressegesetzes erklärt der Minister des Innern, daß in Betreff der Zulassung der Cir- kulation ausländischer Journale durch das Gesetz keine Aenderung herbeigeführt werde.

Florenz, 6. Juni. Wie es in parlamentarischen und finan- ziellen Kreisen heißt, hat der Antrag des Finanzministers, betreffend die Steuerbestimmung der im Auslande befindlichen auf den Inhaber lautenden Rententitel, Aussicht auf Annahme.

Venedig, 7. Juni. Die Begehung des Konstitutione- festes hat auf dem Markusplatz mit den üblichen Feierlichkeiten stattgefunden. Zahlreiche Fremde wohnten denselben bei, unter Anderen auch 200 Deutsche, welche unter Führung des Herrn Louis Stangen wohlbehalten per Kloydampfer „Venezia“ hier ein- getroffen waren.

London, 4. Juni. Der Minister für Indien, Sir Staf- ford Northcote, hat von Sir Robert Napier, dem Höchstkomman- dierenden in Akyntien, folgende Depeschen empfangen: „10. Mai. Der Sohn des Königs Theodoros ist noch ein Kind; sein Leben würde in Akyntien nicht sicher sein. Ich bitte um die Erlaubniß, ihn und seine Mutter, im Falle sie es wünschen sollten, Seitens der Regierung nach Bombay führen zu dürfen, und das Kind be- hufs seiner Erziehung der Fürsorge des Geistlichen Dr. Wilson anzuvertrauen. Der Mutter sind keine anderen Aussichten, als die einer komfortablen Existenz eröffnet worden. Sie ist gegenwärtig krank und ihre Genesung wird bezweifelt.“ „Feldlager Halkhullut, 16. Mai. In Verfolg meiner Depesche vom 10. d. M. bedaure die Mittheilung machen zu müssen, daß die Königin-Witwe des Theodoros gestern Nacht in meinem Lager verstorben ist. Der Arzt, welcher sie behandelt hatte, giebt Lungenschwindsucht als die Ursache ihres Todes an. Während der Krankheit wurde ihr jeder nur irgend mögliche Komfort verschafft und alle ihre Wünsche wurden befristigt. Ihre sterblichen Ueberreste wurden heute Mor- gen in der Kirche von Helicat zur Ruhe beisetzt. Eine Eskorte unserer Truppen begleitete die Trauer-Procession bis über unsere Vorposten-Piquets hinaus. Die Artillerie-Garde der Armee setzte sich gestern von Antalo aus in Bewegung und ist im Begriff, nach Dongola zu marschiren. Alles ist wohl.“ „Adigrat, 21. Mai. Ich beabsichtige in Zoula für den Augenblick die Madras- und Bombay-Sappure des 3. und 35. eingebornen Infanterie-Regiments, das Armeekorps und das bengalische Koolie-Korps zu lassen. Alle andern Truppen werden bis zum 1. Juni ein- geschifft sein. Die Truppen werden das Land schleunigst verlassen. Der Engpaß von Suru ist überfluthet. Sechs (nicht 600) Ein- geborene und viele Maulthiere ertranken. Die Truppen werden dadurch in ihrem Marsche nicht aufgehalten werden. Der Gesund- heitszustand derselben ist vortrefflich.“

Wlymouth, 6. Juni. Der Freistaat der schottischen Boers hat seine feindselige Stellung gegen die Kapstadt aufge- geben und erstrebt Annäherung und Einverleibung in den britischen Kolonialverband.

Madrid, 6. Juni. Die offizielle „Gazeta“ meldet, daß die spanischen Kolonien in den Stipulationen des mit dem norddeutschen Bunde abgeschlossenen Schiffahrts- und Handelsver- trages mit einbegriffen seien. — Die Königin Christine wird sich am Mittwoch nach Viedo begeben.

Petersburg, 6. Juni. Ein soeben veröffentlichter Ukas des Kaisers verkündet eine Amnestie für politische Verbrecher mit gewissen Beschränkungen. Alle in Sibirien befindlichen Ausländer werden begnadigt, ins Ausland geschickt und ihnen die Rückkehr nach Rußland verboten. Denjenigen verurtheilten Polen, welche nicht älter als zwanzig Jahre sind, wird die Rückkehr in die Hei- math gestattet.

Pommern.

Stettin, 8. Juni. Während ein Theil der Truppen un- serer Garnison vorgestern in der Nähe des Dorfes Polchow bivoua- cirte, brach dort in dem Hause des Krügers Plamp und zwar in einer zur Wohnung des Löpfers Eggert gehörigen Kammer Feuer aus, dessen Dämpfung indessen durch das eben so schnelle als energische Einschreiten einer Abtheilung Pioniere unter der umsich- tigen Leitung ihrer Vorgesetzten, ungeachtet der mangelhaften lokalen Löschanstalten, binnen kaum einer halben Stunde gelang, so daß nur das Dach des Plamp'schen Hauses theilweise zerstört worden ist. Ganz besondere Anerkennung verdient die Thätigkeit des Hrn. Lieutenants Janke, sowie des Sergeanten Fischer. Als die Frau Eggert, welche sich zur Zeit des Ausbruches des Feuers im gegenüber liegenden Hause bei ihrem Vater befand, den aus dem Dache aufsteigenden Dampf bemerkte, eilte sie schnell nach ihrer Wohnung, um ihr dort allein befindliches in der Wiege schlafendes Kind zu retten; der starke Dampf, welcher schon in der Stube herrschte, machte der geängstigten Mutter indessen die Rettung un- möglich und wurde letztere nur dadurch bewerkstelligt, daß ein Arbeiter schnell eine Leiter erstieg, ein Fenster einschlug, durch dasselbe ins Zimmer drang und mit dem geretteten Kinde auch glücklich den Rückweg fand.

— Auch gestern haben wiederum sowohl auf dem allgemeinen städtischen Begräbnißplatze als auch auf dem Militärkirchhofe ver- schiedene Blumendiebstähle von dortigen Grübern stattgefunden, in- dessen ist es gelungen, mehrere der Diebe, von welchen einer allein 8 Stück Rosen abgeschnitten und entwendet hatte, abzufassen. — Wegen sonstiger Polizei-Vergehen sind innerhalb der letzten 24 Stunden 13 Personen verhaftet worden.

Die „Schützen-Kompagnie der Bürger“ feiert heute ihr diesjähriges Königsschießen, dem morgen das übliche Silbergewinn- schießen folgt. Für die Mitglieder und deren Familien findet heute Abend im Garten des Schützenhauses ein Konzert statt. Morgen beendet ein Ball die Festlichkeit.

Wangerin, 6. Juni. Heute in früher Morgenstunde stand der hiesige jüdische Kaufmann G. Gottschalk auf, küßte seine Frau und seine sieben Kinder und entfernte sich mit der zu seiner Frau auf deren Frage gemachten Bemerkung, daß er in den Garten gehen wolle. Da er jedoch bis 6 Uhr nicht zurückkehrte, wurde die Frau umso mehr besorgt, als ihr Mann schon mehrere Tage vorher schwermüthige Gedanken gehabt und geäußert hatte, daß der heutige Tag für ihn ein sehr schwerer sei. Es wurde deshalb überall gesucht und endlich am Wangerin-See die Kopfbedeckung und der Rock des Gottschalk, bald darauf im ziemlich flachen Wasser auch die halb bekleidete Leiche gefunden. Daß hier ein Selbstmord vorliegt, ist wohl unzweifelhaft, dagegen ist man über die Motive nicht klar, da Gottschalk sich anscheinend in guten Vermögensver- hältnissen befindet und erst im vorigen Jahre einen neuen großen Laden eingerichtet hat, sonst auch in sehr glücklichen Familienver- hältnissen lebte.

+ **Uelam,** 8. Juni. Heute morgen in aller Frühe hat sich ein Reisender, der mehrere Tage im „Hotel zur Traube“ logirt war, und dem Vernehmen nach ein Gerichts-Sekretär sein soll, in den städtischen Anlagen durch einen Schuß den Kopf zerschmettert, wodurch das Gesicht ganz entsetzt ist.

Bermischtes.

(Schlagfertig.) Ein in einem Gebirgsdorfe seit län- gerer Zeit ansässiger Tyroler hatte schon seit 16 Jahren das In- stitut der Civilehe für ausreichend gehalten, um seinen Haushalt zu führen, und nie daran gedacht, den Segen der Kirche zu be- anspruchen. Der Pfarrer, der erst seit Kurzem da stationirt war, ließ die Tyrolerin kommen, hielt ihr eine längere Moralpredigt, und drohte schließlich mit strengeren Maßregeln. Die Tyrolerin, hierüber ganz entriistet, antwortete: „Hieg bin i schon 16 Jahr da und Niemand hat mi wollen furttschaffen wie du, und du bistst erscht a paar Jahr da und alle wär'n froh, wenn du gliengsch.“

Paris. Im Akklimationsgarten des Boulogner Holzes sind jetzt drei Arten von Seidenraupen in voller Arbeit: die japanische Art, die von Maulbeerblättern, die indische, die von Ailantusblättern, und Yamamai, welche auf Eichen leben. Die letzteren sind sehr kräftig, werden in Japan im Freien gezogen und liefern eine sehr geschätzte Seide.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 6. Juni, Nachmittags. Angelkommene Schiffe: Orientsee Meyer, Tonens von Dysarth. Professor Schulze, Boywoode von Döbensee. Georgine, Klingenberg von Sahnitz. Palme, Harber; Diogenes, Dieß von Kopenhagen. Wind W. Barometer 14 1/2 F. Strom ausgehend. 1 Schiff im Ansehn.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Juni. Witterung: bewölkt, Nachts Regen. Temperatur + 15° N. Wind W.

An der Börse. Weizen steigend bezahlt, loco per 2125 Pfd. gelber inländischer 88 bis 97 R., bunter poln. 84-90 R., geringer ungar. 62-70 R., bester Sorten 72-78 R., feiner 80-82 R., per 83-85 Pfd. gelber Juni 91 93 1/2 R. bez., Juli 85 1/2, 86 1/2 R. bez., Juli-August 83, 84 R. bez. u. Br., 83 1/2 R. Ob., September-Oktober 76 R. Ob. Roggen steigend bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 53-56 R. bez., Juni 54 1/2, 56 1/2, 56 R. bez., 55 1/2 R. Ob., Juni-Juli 52 1/2, 54, 53 1/2 R. bez. u. Ob., Juli-August 51 1/2, 52 1/2 bez. u. Br., 52 1/2 R. Ob., September-Okto- ber 51, 52 R. bez., 51 1/2 R. Ob. Gerste behauptet, per 1750 Pfd. loco schlef. u. ungar. 42-47 R. Hafer fest, loco per 1300 Pfd. 33 1/2, 35 R. bez., pr. 47-50 Pfd. Juni 34 1/2 R. Ob. Erbsen pr. 2250 Pfd. loco 53-58 R. bez. Rübsen wenig verändert, loco 10 R. Br., Juni und Juni-Okto- 9 1/2 Br., Septbr.-Oktober 9 1/2 R. bez. u. Br., 9 1/2 R. Ob. Petroleum loco 6 1/2 R. Br., Sept.-Okt. 6 1/2 R. Br., 6 1/2 R. Ob. Spiritus fester, loco ohne Faß 17 1/2 R. bez., Juni und Juli 17 1/2 R. Br., 17 1/2 R. Ob., Juli-August 17 1/2 R. bez. u. Br., August-Septbr. 18 1/2 R. Br., 18 1/2 R. Ob., Okt.-Nov. 16 1/2 R. bez. Angemeldet. 10,000 Ort. Spiritus. Requirirungs-Preise: Weizen 92 1/2, Roggen 55 1/2, Rübsen 9 1/2, Spiritus 17 1/2.

Berlin, 8. Juni, 2 Uhr 1 Min. Nachmittags. Staatsanleihe 84 1/2 bez. Staats-Anleihe 4 1/2 % 95 1/2 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 135 1/2 bez. Stargard-Posener Eisen.-Aktien 93 1/2 bez. National-Anleihe 55 3/4 bez. Bomm. Pfandbriefe 85 3/4 Br. Oberbayer. Eisenbahn-Aktien 184 1/2 bez. Amerikaner 78 3/4 bez. Weizen Juni 73, 74 bez. Roggen pr. Juni 51 1/2, 53 1/4 bez., Juli 50 1/2, 52 1/2 bez., Juli-August 50, 51 1/4 bez. Rübsen loco 10 1/2 Juni 9 1/2 bez., Septbr.-Oktober 9 1/2, 22 1/2 bez. Spiritus loco 17 1/2 Juni-Juli 17 1/2 bez., 1/2 Ob., Juli-August 17 1/4, 1/2 bez., Aug. Septbr. 17 1/2, 22 1/4 bez.

Stettin, den 8 Juni.

Hamburg ...	6 Tag.	151 1/2 bz	St. Börsenhaus-O. ...	4
"	2 Mt.	150 3/4 bz	St. Schauspielh.-O. ...	5
Amsterdam ...	8 Tag.	143 1/2 bz	Pom. Chausseeb.-O. ...	5
"	2 Mt.	142 1/2 B	Used. Woll. Kreis-O. ...	5
London ...	10 Tag.	6 24 3/4 bz	Pr. National-V.-A. ...	4
"	3 Mt.	6 23 3/4 bz	Pr. See-Assicuranz ...	4
Paris ...	10 Tg.	81 bz	Pomerania ...	4
"	2 Mt.	81 1/2 bz	Union ...	4
Bremen ...	3 Mt.	—	St. Speicher-A. ...	5
St. Petersburg ...	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A. ...	5
Wien ...	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers. ...	5
"	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied. ...	4
Preuss. Bank ...	4	Lomb. 4 1/2 %	Mesch. Zuckerfabrik ...	4
Sts.-Anl. 54 57	4 1/2	95 1/4 B	Bredower ...	4
"	5	103 3/4 B	Walzmühle ...	5
St.-Schldsch. ...	3 1/2	84 1/2 bz	St. Portl.-Cementf. ...	5
P. Präm.-Anl. ...	3 1/2	119 B	St. Dampfschlepp G. ...	5
Pomm. Pfäbr. ...	4	76 1/2 B	St. Dampfschiff-V. ...	5
"	4	85 1/4 bz	Neue Dampfer-C. ...	4
"	4	90 1/2 bz	Germania ...	4
Ritt. P.P.B.A. ...	4	85 bz	Vulkan ...	4
Berl.-St. E. A. ...	4	135 1/4 B	St. Dampfmühle ...	4
"	4	—	Pommerensd. Ch. F. ...	4
"	4 1/2	—	Chem. Fabrik.-Ant. ...	4
Starg.-P. E. A. ...	4 1/2	94 B	St. Kraftdinger-F. ...	5
"	4	—	Gemeinn. Bauges. ...	5
St. Stadt-O. ...	4 1/2	93 B		